

## **Bildung nach Corona – das ganze Kind in den Blick nehmen und unterstützen!**

Positionspapier der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft

Im Sommer werden die Schüler:innen nach anderthalb Jahren Pandemie viel versäumt haben. Diese Aussage gilt nicht nur für den Schulstoff – soziale Kontakte, Sport, Kultur, alle Aspekte des kindlichen Lebens mussten in den letzten Monaten leiden. Aufholende Förderung darf deswegen auch nicht nur beim inhaltlichen Bedarf stehen bleiben, sondern muss multidimensional ansetzen. Die aktuelle politische Debatte läuft aber zu oft in die entgegengesetzte Richtung. Vor allem das „Aufholpaket“ der Bundesregierung wird fast nur unter dem Gesichtspunkt diskutiert, welche Nachhilfe noch zusätzlich angeboten werden muss, damit die Kinder versäumten Stoff noch eingepaukt bekommen. Dieser Verengung der Debatte möchten wir als Fraktion DIE LINKE in Bremen mit diesem Positionspapier einen ganzheitlichen Ansatz gegenüber stellen, der allen Lernbedürfnissen der Schüler:innen Rechnung trägt.

Denn Kinder sind keine Lernmaschinen, die jetzt nur schneller arbeiten müssen, um in kürzerer Zeit Stoff aufzuholen. Das funktioniert nicht. Nachmittage, Wochenenden und Ferienzeiten müssen für Kinder erhalten bleiben und dürfen nicht als verfügbarer Nachhilfebereich angesehen werden, die Rhythmisierung von Lernen und Freizeit muss erhalten bleiben. In den Ferien 2022 werden die Kinder und Jugendlichen auch keine Lernferien in den Schulen, sondern Zeltlager in der Natur, Workshops im Theater oder eine Sportfreizeit benötigen.

Kinder aus benachteiligten Elternhäusern bzw. armen Quartieren haben unter der Pandemie besonders gelitten. Nach der ersten Schulschließung standen ihnen oft keine digitalen Endgeräte zur Verfügung, enge Wohnverhältnisse boten nicht allen Schüler\*innen einen eigenen Arbeitsplatz, nicht alle Eltern verfügten über die notwendigen Ressourcen, um zur Lernunterstützung einzuspringen. Förderung muss hier nun gezielt erfolgen und in die armen Quartiere gelenkt werden.

Wir finden es falsch, dass die Fördergelder vom Bund nach dem Gießkannenprinzip statt nach sozialen Kriterien über die Bundesländer verteilt werden. Trotz erheblich höherer Armutsgefährdung bekommt Bremen pro Kind nicht mehr Mittel als Bayern. Wir fordern daher vom Bund, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch einmal erhöht und anhand der Armutsgefährdung verteilt werden, damit die Hilfe dort ankommt, wo sie benötigt wird. Zusätzlich müssen ergänzende Mittel aus dem Bremen-Fonds herangezogen werden, um eine angemessene Förderung benachteiligter Kinder erreichen zu können. Eine Verdoppelung der Bundesmittel ist mindestens geboten. Wenn sich darüber hinaus aber weitere Angebote realisieren

lassen, dürfen diese nicht an mangelnder Finanzierung scheitern. Auch werden die auf Schule und Lernen fokussierte Programme nochmals ergänzt werden müssen, um beispielsweise Jugendhilfe, Jugendschutz oder die psychologische Begleitung von Kindern und Jugendlichen zur Abfederung der Pandemiefolgen auszubauen.

Für die schulische und außerschulische Bildung ergeben sich für uns folgende zentrale Forderungen:

- Stärkung der Schulen als zentrale Unterrichtsorte: Doppelbesetzung an Grundschulen, vermehrte Sozialarbeit, zusätzliche Angebote wie außerunterrichtliche AGs, BLIK [Bremer Lese-Intensivkurse] oder „Mathe sicher können“ als Ergänzungen in der Schule.
- Fokus auf Grund- und Oberschulen der Sozialstufen IV und V, da in den benachteiligten Quartieren die höchsten Aufholbedarfe sind.
- Kinder ganzheitlich fördern: Sport, Kultur und soziales Lernen stehen gleichberechtigt neben der Wissensvermittlung.
- Erholungszeit für Kinder am Wochenende und Spätnachmittag aufrechterhalten.
- Außerschulische Lernorte wiederentdecken: Einrichtungen im Stadtteil, Sportvereine, Kulturstätten sowie Jugendherbergen und Landschulheime intensiv einbeziehen.
- Sommercamps anbieten, als Zeltlager, Theaterworkshop oder Sportfreizeit
- Das Prinzip „Festanstellungen statt Honorare“ muss auch für das Personal in der Lernförderung gelten.

### **1.) Schule als wesentlichen Ort der Wissensvermittlung stärken**

Für uns ist die Schule der primäre Ort, an dem schulische Inhalte zu vermitteln sind – nicht das Nachhilfeinstitut oder das Feriencamp. Die Schulen müssen in den kommenden Jahren in die Lage versetzt werden, Förderbedarfe bei Kindern zu diagnostizieren und aufgreifen zu können. Dies können zusätzliche Matheförderstunden oder eine weitere Sport-AG sein – je nachdem, was das einzelne Kind benötigt. Hierbei gilt, dass die Bremer Studentafel noch Platz für weitere Angebote bietet. In kaum einem anderen Bundesland haben Grundschulkinder so wenig Unterricht laut Plan wie in Bremen, hier lässt sich also Förderung einpflegen, ohne auf die Freizeit auszuweichen.

Um entsprechende Angebote zu machen, benötigen die Schulen zusätzliches Personal. Vor allem die Doppelbesetzung mit pädagogischen Fachkräften an Grundschulen ist dringend geboten, beginnend bei den Schulen der Sozialstufe IV und V. So kann mit Hilfe von Kleingruppen und individueller Förderung intensiv den Bedürfnissen der einzelnen Kinder begegnet werden. Auch die Oberschulen der Sozialstufen IV und V müssen besonders berücksichtigt werden. Zusätzliche Lehrer:innenstunden, weitere Stellen in der Schulsozialarbeit und ergänzende außerunterrichtlichen AG-Angebote sind denkbar. Es gibt bereits erfolgreich eingeführte Förderprogramme an Bremer Schulen wie die „Bremer Lese-Intensivkurse (BLIK)“ oder „Mathe sicher können“, diese müssen ausgebaut werden.

Generell werden die Kinder, die während der Pandemie zur Schule gegangen sind, nicht so viel Stoff vermittelt bekommen haben, wie andere Jahrgänge. Dem lässt sich nicht mit Bulimie-Lernen begegnen, sondern durch eine Entschlackung der Bildungspläne und eine Fokussierung auf kompetenz- statt wissensorientiertem Lernen. Ein Kind, das lernt, sich selbst Inhalte zu erschließen, wird auch nach der Schulzeit eigenständig Wissenslücken schließen können. Am LIS ist daher schnell eine (temporäre) Anpassung der Bildungspläne mit klaren Handreichungen für die Schulen vorzunehmen. Dies gilt insbesondere für die Sekundarstufen I und II, damit frühzeitig geklärt ist, welcher Stoff mit Blick auf Prüfungen zwingend zu bearbeiten ist und welcher ggf. wegfallen kann.

Es gibt aber auch Kinder und Jugendliche, die in der Pandemie den Kontakt zum schulischen Lernen komplett verloren haben. Für diese Gruppe stehen üblicherweise die schulergänzenden bzw. schulersetzen Maßnahmen der ReBUZ bereit. Als Folge der Pandemie ist in diesen Maßnahmen ein steigender Bedarf zu erwarten, wir brauchen also zusätzliche Plätze

## **2.) Ergänzende Angebote müssen alle Lebensbereiche abdecken**

Mit den vorhandenen Bundes- und Bremen-Fonds-Mitteln müssen aber Angebote gemacht werden, die alle Aspekte der kindlichen Lebenswelt abdecken. Auf Sport-AG, Theaterworkshop, Atelierwoche oder Schwimmkurs musste während der Pandemie verzichtet werden. Sie fehlen den Kindern. Es kann daher nicht das Ziel sein, jetzt nur Mathe- und Deutschförderung anzubieten. Im Gegenteil, der enge Zusammenhang von motorischem und kognitiven Lernen ist lange bekannt, die Theatererfahrung kann bei Sprachproblemen mehr helfen als die Intervention im Unterricht. Bremen verfügt über ein breites Angebot an Sportvereinen und Trägern Kultureller Bildung – sie alle müssen zügig in die Schulen zurückgeholt werden, um das pädagogische Angebot zu erweitern. Sport- und Kultur-AGs müssen flächendeckend ausgebaut werden, um in den Schulen zu garantieren, dass Kindern ganzheitlich angesprochen werden.

## **3.) Außerschulische Lernräume wieder entdecken**

In den letzten Monaten konnte nur zu Hause oder in der Schule gelernt werden, dies kann sich nun wieder ändern. Ausflüge in den Stadtteil sind wieder möglich, Institutionen in der Stadt können wieder aufgesucht und Klassenfahrten demnächst wieder durchgeführt werden. Die Schulen sind bereits seit Langem in Lernnetzwerke in den Stadtteilen eingebunden, zu denen z.B. Filialen der Bibliothek, Quartiersbildungszentren und Sportvereine gehören. Diese Netzwerke müssen nun schnell wieder mit Leben gefüllt werden, um den Aktionsradius von Kindern und Jugendlichen zeitnah zu vergrößern. Nach dem Sommer kann hoffentlich die ganze Stadt wieder als Lebens- und damit auch als Lernraum wiederentdeckt werden. Auf Klassenfahrten können Schullandheime und Jugendherbergen wieder bereist werden. Dementsprechend müssen verstärkt Mittel für Ausflüge und Klassenfahrten abgerufen werden können, um allen Kindern und Jugendlichen diese Erfahrungen wieder zu ermöglichen.

In den verschiedenen Ferien im Jahr 2022 erwarten wir, dass die eher kognitiv orientierten Lernferien, die aktuell in den Schulen angeboten werden, durch andere Angebote (Sommercamp) in außerschulischen Lernorten ergänzt werden. Zeltlager in der Natur, Workshops im Theater, Schwimmkurs oder Sportfreizeit sind denkbar, soziales, motorisches und psychoemotionales Lernen müssen in den Fokus rücken. Auch hierbei sind die Träger außerschulischer Bildung wie Sportvereine und Kulturträger gezielt mit einzubinden. Angebote, die außerschulischer Lernorte stärken, müssen in der Förderung berücksichtigt werden, es muss eine erhebliche Anstrengung zur Bewerbung mit eingeplant werden.

#### **4.) Anstellungen statt Honorarverträge**

Insbesondere das Förderprogramm des Bundes aber auch die Mittel aus dem Bremen-Fonds laden dazu ein, viele kurzfristige Angebote über Honorarverträge zu realisieren. DIE LINKE hat in den letzten Jahren dafür gekämpft, dass auch im Bildungsbereich mit (möglichst) unbefristeten Arbeitsverhältnissen statt mit prekären Beschäftigungsformen gearbeitet wird, hier sind auch schon aus der Opposition heraus erhebliche Erfolge erzielt worden. Diese sollten jetzt nicht wieder zunichte gemacht werden. Vielmehr sollten Bundes- und Bremen-Fonds-Mittel für neue Festanstellungen im Schulbereich (Lehramt, Erzieher:innen, Sozialpädagogik & Schulsozialarbeit) genutzt werden. Aufgrund steigender Geburtenzahlen und des anvisierten Ganztagsausbaus wird Bremen auch nach 2023 mehr Personal an den Schulen benötigen. Die Gefahr, zu viele Personen einzustellen, existiert also nicht. Im Gegenteil, es ließe sich durch vorgezogene Neueinstellungen aus Sondermitteln für Förderprogramme das später benötigte Personal schon frühzeitig an die beiden Kommunen des Landes Bremen binden. Diese Chance sollte man nutzen.